
Der Arabische Frühling und die Zuspitzung des israelisch-arabischen Konflikts¹

Muriel Asseburg

Auch wenn die Umbrüche in der Region längerfristig dazu führen könnten, dass Frieden im Nahen Osten nicht nur ein Geschäft zwischen den politischen Führungen ist, sondern auch von den Bevölkerungen mitgetragen wird: Bislang haben sie kein Momentum entfaltet, das eine Friedensregelung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn befördert hätte. Ganz im Gegenteil: Die Situation im östlichen Mittelmeerraum hat sich seit Anfang 2011 deutlich zugespitzt. Dabei waren die Auswirkungen des Arabischen Frühlings ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Faktor. Andere Entwicklungen, wie die Spannungen wegen der jüngst entdeckten Erdgasvorkommen im Levante-Becken und eine selbstbewusstere türkische Außenpolitik, haben ebenfalls zu einer Verschärfung der Situation beigetragen. Israel ist in Folge in der Region isoliert wie seit Langem nicht mehr, und seine Beziehungen zu den Nachbarn sind extrem angespannt.

Dies birgt nicht nur die Gefahr einer gewaltsamen Eskalation. Auch die Aussichten für eine Zwei-Staaten-Regelung zur Befriedung des israelisch-palästinensischen Konflikts haben sich weiter verschlechtert. Gleichzeitig wird ein Andauern des Konflikts negative Auswirkungen auf die Transformationsprozesse in den arabischen Staaten haben, vor allem in den Nachbarstaaten Israels – insbesondere, wenn der Konflikt erneut gewaltsam eskalieren sollte. Darüber hinaus birgt dies negative Konsequenzen für die Glaubwürdigkeit und die Interessen Europas in der arabischen Welt. Nicht zuletzt haben EU und USA die Gelegenheit verpasst, im Zuge der palästinensischen UN-Initiative das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung zu realisieren, die Rahmenbedingungen einer Zwei-Staaten-Regelung abzustecken und so ausgewogenere Ausgangsbedingungen für Verhandlungen zu schaffen (vgl. Asseburg 2011a).

1 Dieser Beitrag beruht auf einem Vortrag an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg vom 7.6.2011 sowie auf: Asseburg, Muriel (2011): „Der Arabische Frühling und der Nahostkonflikt: Freiheit ohne Frieden?“, in: dies. (Hg.), *Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt: Akteure, Herausforderungen, Implikationen und Handlungsoptionen*. SWP-Studien 2011/S 27. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 42-45.

1 Israels Verlust von Partnern in der Region

Die Umbrüche in der arabischen Welt haben insbesondere vier Auswirkungen auf die Konfliktkonstellation im Nahen Osten.

Erstens hat Israel auf Regierungsebene weitere Partner in der Region verloren und ist dort zunehmend isoliert. In Folge des Gaza-Krieges zur Jahreswende 2008/2009 und der Flotilla-Affäre² im Mai 2010 war *Israels strategische Allianz mit der Türkei*³ bereits deutlich angegriffen. Weiter verschlechterte sich das Verhältnis Anfang September 2011, als eine von den Vereinten Nationen eingesetzte Kommission einen Bericht (den so genannten „Palmer Report“) zur Untersuchung der Affäre veröffentlichte (United Nations 2011c). Israel verweigerte nach wie vor eine Entschuldigung für den Tod der neun türkischen Aktivisten. Die Türkei wies den israelischen Botschafter aus, kündigte sämtliche Militärabkommen und kündigte an, in Zukunft im östlichen Mittelmeer militärisch stärker präsent sein zu wollen.

Dabei ist die drastische Reaktion des türkischen Premiers nicht nur vor dem Hintergrund politischer und wirtschaftlicher Ambitionen der Türkei in der arabischen Welt zu sehen. Vielmehr geht es auch um den Streit über exklusive Wirtschaftszonen im östlichen Mittelmeer. Im Ergebnis ist die Allianz mit der Türkei, bislang Israels einziger strategischer und zunehmend einflussreicher Partner in der Region, zutiefst zerrüttet (Seufert 2011, Eran 2011, Sandikli 2011). Daraus resultierend sind auch engere israelisch-griechisch-zypriotische und türkisch-arabische Beziehungen hervorgegangen. Zwar besteht durchaus Spielraum für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Israel und der Türkei. So hat die Türkei durch die Errichtung einer zentralen Radaranlage der NATO-Raketenabwehr auf ihrem Territorium Mitverantwortung für Israels Sicherheit übernommen, da die Abwehranlage vor allem Israel vor iranischen Raketen schützt. Dennoch ist eine Rückkehr der Beziehungen zum Status quo ante in absehbarer Zeit kaum zu erwarten.

-
- 2 Ende Mai 2010 wurden bei einer israelischen Militäroperation gegen eine Solidaritätsflotte, die in der Türkei gestartet und auf dem Weg zu dem unter Blockade stehenden Gaza-Streifen war, neun türkische Aktivisten getötet. Weitere Aktivisten sowie sieben israelische Soldaten wurden verletzt. Der Vorfall erregte insbesondere deshalb internationales Aufsehen, weil er sich in internationalen Gewässern ereignete.
 - 3 Seit Mitte der 1990er Jahre hatte sich eine zunehmend enge israelisch-türkische Kooperation, insbesondere im Bereich von Rüstung, Militär und Nachrichtendiensten, herausgebildet, die von den USA unterstützt und gefördert wurde. Zudem intensivierte sich auch der Handel von Konsumgütern zwischen Israel und der Türkei zusehends – auch unter der AKP-Regierung..

Zudem hat Israel mit dem *Ende der Mubarak-Ära* im Februar 2011 einen seiner wichtigsten und zuverlässigsten arabischen Partner verloren. Nach der Formierung der ägyptischen Übergangsregierung ist es zu einer beträchtlichen Verschlechterung im bilateralen Verhältnis gekommen. Nicht nur sind die ägyptischen Gaslieferungen an Israel, die vorher rund vierzig Prozent des dortigen Bedarfs deckten, infolge von Anschlägen auf die Pipelines im Sinai immer wieder ausgefallen (Sadeh 2011). Auch hat die Übergangsregierung angekündigt, Kooperationsabkommen – insbesondere über die Qualifying Industrial Zones (QIZ) und Gaslieferungen – mit Tel Aviv neu verhandeln zu wollen (Ynetnews 2011). Darüber hinaus distanzierte sich die Militärregierung unter dem Druck der Öffentlichkeit von der bisherigen israelisch-ägyptischen Kooperation in Bezug auf die Blockade des Gaza-Streifens. De facto wurde die Blockade mit der Öffnung des Personenübergangs in Rafah durch Ägypten Ende Mai 2011 zwar leicht gelockert, sie besteht aber grundsätzlich fort. Denn in der Realität sind Warenimporte und -exporte, für die nicht der Rafah-Übergang sondern die von Israel kontrollierten Warenübergänge vorgesehen sind, nach wie vor stark beschränkt.⁴ Auch existieren weiterhin seitens Ägyptens zahlenmäßige Beschränkungen sowie ein Genehmigungsvorbehalt für ausreisewillige Palästinenser, die nicht nur Transitreisende bzw. Pilger sind.

Selbst die *Schwächung des Assad-Regimes* durch die syrische Protest- und Aufstandsbewegung hat sich für Israel als problematisch erwiesen. Zwar sind die beiden Staaten offiziell nach wie vor im Kriegszustand. Auch baute Syrien unter Baschar al-Assad in den letzten Jahren seine Allianz mit dem Iran sowie seine Rhetorik als Vorkämpfer gegen israelische und amerikanische Ordnungspläne für die Region aus und unterstützte militante Bewegungen, insbesondere Hamas und Hisbollah. Dennoch hat sich Syrien als zuverlässig erwiesen, was die Sicherung der israelisch-syrischen Grenze angeht. Diese hat Syrien fast vierzig Jahre lang (seit dem Krieg 1973) ruhig gehalten. In den letzten Jahren hat es zudem mit

4 2011 konnten durchschnittlich 4.038 LKW-Ladungen pro Monat über Israel nach Gaza eingeführt werden. Im Vergleich zum monatlichen Durchschnitt im Jahr 2010, der bei 3.302 Ladungen lag, war dies eine Steigerung. Er liegt aber weiterhin deutlich unter der Menge, die während der ersten fünf Monate des Jahres 2007, also vor der Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen, eingeführt werden konnte: 12.350 LKW-Ladungen (United Nations 2011d). Das Exportvolumen betrug zwischen Januar und November 2011 insgesamt 190 LKW-Ladungen. Dies entspricht weniger als zwei Prozent des Volumens 2005 (United Nations 2011e).

Israel zumindest insofern kooperiert, als es Exporte von den besetzten Golanhöhen nach Syrien zugelassen hat.⁵

Auch wenn der Fall des Assad-Regimes mittelfristig die Chance für eine Entspannung des israelisch-syrischen und israelisch-libanesischen Verhältnisses birgt, ist eine solche keineswegs automatisch gegeben. So ist es eher unwahrscheinlich, dass eine neue syrische Führung ihre Ansprüche auf das von Israel besetzte Gebiet verringern würde, wie etwa in einem Interview mit dem damaligen Vorsitzenden des Syrischen Nationalrates deutlich wird (Wall Street Journal 2011). Außerdem erscheint im Frühjahr 2012 ein rascher und weitgehend friedlicher Machttransfer in Syrien zunehmend unrealistisch (vgl. Porat/Lindenstrauss 2011, Asseburg/Wimmen 2012). Vielmehr entwickeln sich die Konfrontationen zwischen Regime, Deserteuren und Demonstranten zunehmend zu einem bewaffneten Machtkampf, der auch die akute Gefahr eines umfassenden Bürgerkriegs mit Vergeltungs- und Racheakten zwischen ethnischen und konfessionellen Gruppen beinhaltet. Bereits wenige Wochen nach Beginn waren die Nachbarstaaten Syriens von den Auseinandersetzungen durch Flüchtlinge und (wenn auch in beschränktem Umfang) grenzüberschreitende Gewalt betroffen – insbesondere die Türkei und der Libanon. Die Zuspitzung der Konfrontationen zwischen Protestbewegung und Regime, die auch das Risiko einer verstärkten regionalen Einmischung und eines Stellvertreterkrieges in Syrien mit sich bringt, könnte weiter massive destabilisierende Rückwirkungen haben, auch für Israel (s.u.).

2 Zunahme des Einflusses der Bevölkerungen auf die Außenpolitik

Zweitens hat der Einfluss der Bevölkerungen auf die regionalen Beziehungen zu- bzw. der außenpolitische Handlungsspielraum der arabischen Regime abgenommen. Zwar haben die Proteste, Aufstände und Rebellionen des Arabischen Frühlings in erster Linie innenpolitische und sozioökonomische Forderungen zum Ausdruck gebracht. So wurden bei den Demonstrationen auch nur selten israelische bzw. US-amerikanische Fahnen verbrannt. Ebenso sind die arabischen Bevölkerungen nicht mehr länger bereit, innenpolitische Repression mit Verweis auf den arabisch-israelischen Konflikt hinzunehmen bzw. sich durch ihn von den Missständen im eigenen Land ablenken zu lassen. Allerdings hat es zwischen Is-

5 Dies betrifft in erster Linie Äpfel. Nach Pressenangaben wurden in den letzten Jahren rund acht Prozent der israelischen Apfelernte nach Syrien exportiert (Sadeh 2011).

rael und seinen Nachbarn kein warmer Frieden entwickelt. Damit hat es auch keine „Normalisierung“ der Beziehungen auf der gesellschaftlichen Ebene gegeben. Eine solche Annäherung wird von den arabischen Bevölkerungen auch ganz überwiegend abgelehnt, solange die israelische Besetzung arabischer Territorien andauert.⁶ Daher ist die Zunahme des Einflusses der Bevölkerungen auf die regionalen Beziehungen zunächst ein Problem für Israel. Denn repräsentativere Regierungen werden ihre Politik stärker an der Mehrheitsmeinung in ihrem Land ausrichten müssen statt an dem, was externe Akteure wie die USA nahelegen oder was lediglich Regimeeliten nützt. Doch auch diejenigen Regime, die nicht bereit sind, mehr Partizipation zuzulassen, werden sich in der jetzigen Situation vor unpopulären Schritten hüten.

Daher wird keine arabische Regierung in der jetzigen Situation mit Angeboten vergleichbar der Arabischen Friedensinitiative von 2002 auf Israels Rechtsregierung zugehen oder sich auf Israels Seite positionieren wollen. Letzteres gilt auch für die Verhinderung von Demonstrationen und Märschen auf Israels Grenzen. Hier ist zu erwarten, dass sich Israels Nachbarn, falls solche Demonstrationen künftig zunehmen sollten, ungern als Grenzschrützer einspannen lassen. Im Gegenteil: Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und israelischem Militär an Israels Außengrenzen könnten für die Regime in der Region als willkommene Ablenkung von ihren internen Problemen gesehen werden – wie die Demonstrationen an Israels Grenzen im Mai und Juni 2011, anlässlich des Naqba- bzw. Naksa-Jubiläums, zeigten. Besonders dramatisch eskalierten diese an der syrisch-israelischen Grenze (Benn 2011).

Eine weitere Spannungsquelle liegt in der äußerst fragilen Sicherheitslage im Sinai (Yaari 2012), wo es 2011 nicht nur wiederholt Anschläge auf die nach Israel (sowie nach Jordanien und Libanon) führende Erdgasleitung gab, sondern auch grenzüberschreitende Angriffe auf Zivilisten und Soldaten in Israel und, in Folge, die Tötung von ägyptischen Grenzschrützern. Die Eskalation der Rhetorik zwischen Israel und Ägypten in Folge der Tötung der Grenzsoldaten und der Stürmung und Belagerung der israelischen Botschaft in Kairo konnte Dank amerikanischer Vermittlung rasch beruhigt werden. Aber die angespannte Sicherheitslage im Sinai birgt nach wie vor die Gefahr weiterer ernsthafter Krisen sowie einer Erosion des israelisch-ägyptischen Friedens. Dies gilt auch, wenn sich das

6 In einer Umfrage der Brookings Institution vom Oktober 2011 waren 43 Prozent der Befragten in fünf arabischen Ländern (Ägypten, Jordanien, Libanon, Marokko und den VAE) bereit für einen Frieden mit Israel, wenn dieses sich aus den besetzten Gebieten zurückzöge. Allerdings hielten sie dies für unwahrscheinlich. Weitere 24 Prozent waren für einen Frieden mit Israel unter dieser Voraussetzung bereit und forderten zugleich größere Bemühungen der arabischen Staaten in dieser Hinsicht. (Telhami 2011: 33-34).

bilaterale Verhältnis vor dem Hintergrund der ägyptischen Vermittlung des Gefangenenaustausches zwischen Israel und der Hamas im Oktober 2011 zunächst entspannte.

Insbesondere sind israelische Entscheidungsträger angesichts des Wahlsiegs der Muslimbrüder und der überraschend hohen Stimmenzahl für die Salafisten bei den ägyptischen Unterhauswahlen (November 2011-Januar 2012) beunruhigt und fragen sich, ob die künftige ägyptische Regierung eine populistischere Politik fahren wird, die für Israel gefährlich sein wird. Dabei ist insbesondere eine Aufkündigung des seit 1979 bestehenden Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten oder gar ein militärischer Angriff auf Israel von Kairo kaum zu erwarten. Selbst wenn mehr als 50% der Ägypter eine Aufkündigung des Friedensvertrages fordern, wie im April 2011 eine PEW-Umfrage zeigte (Pew Research Center 2011: 26),⁷ werden auch künftige ägyptische Regierungen die nationalen Interessen vor Augen haben und daher am Friedensvertrag festhalten wollen. Denn regionale Stabilität und gute Beziehungen mit dem Westen (insbesondere den USA) sind für die umfangreichen Militär- und Entwicklungshilfeleistungen sowie Einnahmen aus dem Suez-Kanal und aus dem Tourismus, und damit für den ägyptischen Staatshaushalt, essentiell.⁸ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich Vertreter aller wichtigen Gruppierungen, also auch der Muslimbruderschaft, nach dem Umsturz zum Friedensvertrag mit Israel bekannten, um ihre internationale Akzeptanz zu unterstreichen. Auch lud der vorübergehende ägyptische Außenminister, Nabil al-Arabi, Vertreter der sogenannten „Israelischen Friedensinitiative“ (IFI) nach Kairo ein, um mögliche Ansatzpunkte für einen Wiedereinstieg in den Friedensprozess zu diskutieren.⁹ Allerdings gilt auch, dass der Druck auf eine demokratisch verantwortliche ägyptische Regierung, sich, etwa im Falle einer israelischen Militärinvasion im Gaza-Streifen, stärker mit den Palästinensern zu solidarisieren, eine sehr schwierige Herausforderung sein wird.

7 Bei der Umfrage vom April 2011 sagten 54% der Befragten, Ägypten solle den Friedensvertrag mit Israel aufkündigen; 36% sagten, es sollte ihn beibehalten; 10% waren unentschieden. Bei einer Umfrage der Brookings Institution vom Oktober 2011 befürworteten 37 Prozent der befragten Ägypter eine Beibehaltung des Friedensvertrags; sechs Prozent plädierten für eine Modifizierung und 35 Prozent sprachen sich für die Aufkündigung des Vertrages aus (Telhami 2011: 38-40).

8 Im Haushaltsjahr 2009/2010 betrugen die Einnahmen insgesamt rund 45 Mrd. US-Dollar, davon waren Einnahmen aus dem Suez-Kanal 4,5 Mrd., aus dem Tourismus 11,5 Mrd., US-Militärhilfe 1,3 Mrd. (Egyptian Ministry of Finance 2011).

9 Die IFI wurde als Antwort auf die Arabische Friedensinitiative von 2002 im April 2011 veröffentlicht und von prominenten Vertretern aus Politik und Sicherheitsestablishment unterstützt (Israeli Peace Initiative 2011).

3 Verstärkung der israelischen Wagenburg-Mentalität

Die Umbrüche in der Region, die Stärkung des Einflusses der Hisbollah im Libanon, die anti-israelische Rhetorik des türkischen Premierministers sowie das iranische Atomprogramm gekoppelt mit der Wahrnehmung eines gestiegenen iranischen Einflusses in der Region haben *drittens* die Wagenburg-Haltung der israelischen Regierung weiter verstärkt. Teile der israelischen Linken, der Opposition des Zentrums (Kadima) und Vertreter des Sicherheitsestablishments forderten zwar durchaus, gerade angesichts der Umbrüche in der Region Schritte auf die arabischen Nachbarn zuzumachen und die Bemühungen um ein Friedensabkommen mit den Palästinensern zu verstärken. Die Koalition unter Premierminister Benjamin Netanjahu sah sich aber durch den Arabischen Frühling in ihrer Haltung bekräftigt, dass die Zeit für Friedensinitiativen oder einen Friedensschluss nicht reif sei. Stattdessen konzentrierte sich die Regierung auf den Ausbau des militärischen Vorsprungs gegenüber den arabischen Nachbarn und dem Iran sowie eine Kampagne zur Verhinderung der Aufnahme Palästinas in die Vereinten Nationen. In dieser Politik konnte sie sich auch auf Meinungsumfragen in Israel stützen. Denn rund zwei Drittel (68 Prozent) der jüdischen Israelis waren der Ansicht, dass sich die israelische Sicherheitslage durch die Umbrüche in der arabischen Welt verschlechtert habe. Zudem waren knapp 63 Prozent der befragten jüdischen Israelis davon überzeugt, dass die arabische Welt auch nach einem Friedensschluss mit den Palästinensern Israel gegenüber feindlich gesinnt sein würde (Yaar / Hermann 2011). Letzten Endes unternahm die israelische Regierung keine ernsthaften Versuche, die Veränderungen in der regionalen Umwelt für eine Verbesserung der Beziehungen zu den arabischen Nachbarn zu nutzen.

Im Sommer 2011 wurde die israelische Regierung innenpolitisch durch eine landesweite Protestbewegung herausgefordert (Haaretz 2011b). Allerdings ging es den Protestierenden in erster Linie um bezahlbaren Wohnraum und andere Lebenshaltungskosten – immerhin ist Israel nach den USA dasjenige OECD-Land, in dem die Einkommensunterschiede am größten sind. Und auch wenn die jungen Israelis zumindest teilweise durch den Arabischen Frühling inspiriert waren, stellten sie (mit wenigen Ausnahmen) weder den Zusammenhang zwischen staatlichen Ausgaben für Bildung und Soziales auf der einen und den Kosten von Besatzung und einer Politik militärischer Stärke auf der anderen Seite her, noch ermutigten sie ihre Führung, auf die arabischen Gesellschaften zuzugehen.

4 Palästinensische Aussöhnung und UN-Initiative

Viertens brachte der Arabische Frühling Bewegung in die Überwindung der innerpalästinensischen Spaltung (vgl. insbesondere Shikaki 2011) und bestärkte die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) darin, den Weg zur Unabhängigkeit über die UN zu suchen. Anfang Mai 2011 unterzeichneten die beiden größten palästinensischen Gruppierungen, Fatah und Hamas, sowie kleinere PLO-Fraktionen nach etlichen gescheiterten Vermittlungsversuchen in Kairo ein entsprechendes Machtteilungsabkommen (Palestine Monitor 2011). Das Abkommen sieht eine Übergangsregierung vor, die im Konsens gebildet werden soll; die Rede ist von einem Kabinett aus politisch unabhängigen Technokraten. Seine Hauptaufgaben sollen die Vorbereitung von Wahlen, die Beendigung der seit Juni 2006 andauernden Blockade des Gaza-Streifens und der dortige Wiederaufbau sowie die Überwindung der Spaltung sein. Zugleich sollen die Kompetenzen des PLO-Exekutivkomitees dadurch nicht angetastet werden. Dies impliziert insbesondere, dass sein Vorsitzender, der derzeitige palästinensische Präsident Mahmud Abbas, auch in Zukunft mit Israel über ein Friedensabkommen verhandeln kann. Die Übergangsregierung hätte in diesem Bereich keine Vorgaben zu machen. Der Palästinensische Legislativrat, das Quasi-Parlament der Palästinensischen Autorität, soll reaktiviert werden – nachdem der Rat seit 2006 de facto funktionsunfähig ist. Wahlen für den Legislativrat, die Präsidentschaft und den Palästinensischen Nationalrat (der alle Palästinenser weltweit vertritt) sollen ein Jahr nach Unterzeichnung des Abkommens stattfinden (Asseburg 2011b). Der Vorsitzende des Politbüros der Hamas, Khaled Meshaal, ließ bei der Unterzeichnungszeremonie auch verlauten, dass man den Verhandlungen mit Israel ein weiteres Jahr Zeit gebe und der Waffenstillstand zunächst ebenfalls um diesen Zeitraum verlängert werden sollte, dass man demokratische Wahlen anstrebe und einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967.

Doch die vorliegenden Abkommen waren nicht mehr als ein erster, wenngleich wichtiger und pragmatischer Schritt, um gegenüber der eigenen Bevölkerung Fortschritt zu signalisieren, während sich zunächst an der jeweiligen territorialen Kontrolle von Hamas und Fatah nichts änderte. Damit spiegelten sie die Einsicht der Führungen in Ramallah und Gaza-Stadt (bzw. Damaskus) wider, dass die Bevölkerungen in der West Bank und im Gaza-Streifen nicht länger willens waren, die Unversöhnlichkeit der Kontrahenten und die Verfestigung zweier zunehmend autoritärer Systeme zu akzeptieren. Denn im Zentrum von Bürgerprotesten in den palästinensischen Gebieten Mitte März 2011 stand nicht, wie in anderen arabischen Staaten, die Forderung nach einem Sturz des Regimes, sondern nach einer Überwindung der innerpalästinensischen Spaltung. Diese Forderung kommt

auch seit Jahren konsistent in Meinungsumfragen als eine der Prioritäten der Palästinenser zum Ausdruck (vgl. z.B. Palestinian Center for Policy and Survey Research 2011).

Zudem hatten die Umwälzungen in der arabischen Welt Einfluss auf die beiden Gegner. Denn die regionalen Hauptverbündeten der beiden Gruppierungen waren geschwächt bzw. weggefallen: Das syrische Regime, der Hauptsponsor der Hamas, wankte, und das Mubarak-Regime, der Hauptunterstützer der Fatah, war bereits abgelöst. Das Abkommen vom Mai war darüber hinaus auch das Ergebnis einer zumindest vorübergehend unabhängigeren, selbstbewussteren und konstruktiveren ägyptischen Außenpolitik – die im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin weder eine der palästinensischen Gruppierungen klar bevorzugte noch USamerikanische bzw. israelische Bedenken vornan stellte.

Zum Machtteilungsabkommen, dessen Umsetzung freilich rasch ins Stocken geriet, trug zudem der mangelnde Fortschritt im nahöstlichen Friedensprozess bei. Denn palästinensisch-israelische Verhandlungen hatten bislang von der PA erfordert, die israelisch-westliche Isolationspolitik gegenüber der Hamas mitzutragen. Nun aber konnten durch eine innerpalästinensische Annäherung Friedensgespräche nicht gefährdet werden. Denn bereits seit dem Ende des ohnehin nur teilweisen israelischen Siedlungsbaumoratoriums im September 2010 hatten keine bilateralen Verhandlungen mehr stattgefunden (LaFranchi 2010). Im Mai 2011 legte der US-Vermittler George Mitchell sein Amt nieder. Die Obama-Reden zur arabischen Welt und zum Nahen Osten im State Department¹⁰ und vor der AIPAC-Konferenz (American-Israel Public Affairs Committee)¹¹ (White House 2011a, 2011b) sowie die Rede Benjamin Netanjahus vor beiden Häusern des US-

10 In seiner Rede im State Department betonte US-Präsident Barack Obama insbesondere: Frieden könne nicht oktroyiert werden, sondern müsse aus Verhandlungen hervorgehen. Angestrebt werde eine Zweistaatenregelung auf Basis der Grenzen von 1967 mit einem vereinbartem Landtausch. Die Regelung solle zu einem souveränen, zusammenhängenden und nicht-militarisierten palästinensischen Staat und zu Sicherheit für Israel durch effektive Sicherheitsarrangements führen. Verhandlungen sollten zunächst über Grenzen und Sicherheit geführt werden, zu einem späteren Zeitpunkt über Jerusalem und Flüchtlinge. Die palästinensische Regierung werde letztlich Fragen beantworten müssen, wie sie zu Israels Existenzrecht stehe.

11 In seiner Rede bei der AIPAC-Konferenz wiederholte der Präsident die gleichen Prinzipien, betonte aber deutlich stärker seine Unterstützung für Israels Sicherheit und verwahrte sich gegen dessen Delegitimierung und Isolierung. Das Abkommen zwischen Fatah und Hamas stellte er als Hürde für den Frieden dar: „No country can be expected to negotiate with a terrorist organization sworn to its destruction.”

Kongresses Prime Minister's Office 2011a)¹² (alle im Mai 2011) wurden in Israel im Sinne einer Bestätigung der unverbrüchlichen israelisch-amerikanischen Freundschaft überwiegend willkommen geheißen. Bei den Palästinensern wurde zwar positiv aufgenommen, dass Präsident Barack Obama auf zwei Staaten auf Basis der Grenzen von 1967 und einem vereinbartem Landtausch beharrte. Aber die palästinensische Führung sah die Reden auch als Bestätigung, dass in Zukunft von der US-Administration keine aktive, konsistente und ausgewogene Vermittlung im Nahostkonflikt zu erwarten und dass mit der Netanjahu-Regierung eine verhandelte Friedensregelung unmöglich sei – denn nicht nur lehnt letztere es ab, mit den Palästinensern zu verhandeln, solange es ein Machtteilungsarrangement gibt,¹³ auch sind die von Premier Netanjahu definierten „roten Linien“ für die Palästinenser inakzeptabel und fallen weit hinter die Angebote, die die Olmert-Regierung 2008 machte (Al Jazeera Transparency Unit 2011) zurück.

Die PA konzentrierte ihre politischen Aktivitäten folglich darauf, über eine Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen internationale Unterstützung zu erlangen, die eigene Verhandlungsposition zu verbessern und ihre Popularität im Innern zu vergrößern. Dabei konnte sie sich zwar auf breite internationale Empathie sowie die Anerkennung der Fortschritte bei der Staats- und Institutionenbildung durch internationale Organisationen wie den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank (WB) und die UN stützen (Asseburg 2011a, IMF 2011, Worldbank 2011, United Nations 2011a). Allerdings war auch klar, dass eine Vollmitgliedschaft schon aufgrund des angekündigten US-Vetos im Sicherheitsrat zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erreichen sein würde. Schlussendlich wurde Palästina zwar durch eine große Mehrheit als Vollmitglied in die UNESCO aufgenommen, konnte aber nicht die für die UN-Vollmitgliedschaft erforderlichen neun Stimmen im Sicherheitsrat aufbringen (vgl. auch International Crisis Group 2011).

Auch bei der Überwindung der Spaltung wurden 2011 kaum greifbare Fortschritte erzielt. Dies lag nicht nur am gegenseitigen Misstrauen, am Interesse der beiden Führungen die Kontrolle über den jeweiligen Teil der Gebiete zu erhalten

12 Vor dem US-Kongress betonte Netanjahu seine Bereitschaft zu schmerzhaften Kompromissen für Frieden mit den Palästinensern. Das Problem sei nicht die Etablierung eines palästinensischen Staates, sondern die palästinensische Ablehnung eines jüdischen Staates. Israel werde nicht zu den „indefensible borders of 1967“ zurückkehren, aber großzügig sein, was das Territorium eines palästinensischen Staates angehe. Das Flüchtlingsproblem müsse außerhalb der Grenzen Israels gelöst werden. Jerusalem bleibe ungeteilt und unter israelischer Kontrolle. Ein palästinensischer Staat müsse demilitarisiert sein und es müsse eine langfristige israelische Präsenz im Jordangraben geben.

13 So betonte Premier Netanjahu: „The Palestinian Authority needs to choose between peace with Israel and peace with Hamas“ (Prime Minister's Office 2011b).

und an der ablehnenden Haltung ihrer jeweiligen externen Unterstützer. Auch schienen sich Hamas-Vertreter im Gaza-Streifen und in Damaskus nicht über die Analyse der regionalen Ereignisse, ihre Bedeutung für die Hamas sowie die daraus für die Strategie zu ziehenden Schlüsse einig gewesen zu sein. Zunehmend deutlich wurde im Laufe des Jahres 2011, dass sich die Hamas-Exilführung, die sich im Gegensatz zur libanesischen Hisbollah nicht auf Seiten des Asad-Regimes positionieren wollte, einen neuen Standort für ihr Hauptquartier suchen musste und deutlichen Druck verspürte, sich um internationale und regionale Anerkennung zu bemühen. Die Hamas-Führung im Gaza-Streifen setzte hingegen darauf, dass sich das regionale Umfeld durch Wahlsiege von Parteien der Muslimbrüder ohnehin zusehends zu ihren Gunsten verändern würde und es daher galt, vorschnelle Aktionen zu vermeiden, die die Kontrolle über den Gaza-Streifen gefährden könnten.¹⁴

Beide Führungen versuchten ihre Legitimität auch durch andere Maßnahmen zu erhöhen: Die Hamas-Führung konnte durch den Gefangenenaustausch, bei dem im Oktober-Dezember 2011 rund 1000 palästinensische Häftlinge freikamen, deutlich punkten, nachdem zuvor der palästinensische Präsident durch den Gang vor die UN an Popularität zugelegt hatte. Im Dezember 2011 machten die Konfliktparteien dann einen neuen Anlauf und avisierten für 2012 konkrete Schritte, um die Aussöhnung voranzutreiben. Allerdings steht zu bezweifeln, dass der politische Wille bei den Kontrahenten vorhanden ist, nun tatsächlich aufeinander zuzugehen. Auf jeden Fall blieben auch im Frühjahr 2012 viele Fragen offen: Gelingt es, sich auf die Zusammensetzung einer Übergangsregierung und auf einen Premierminister zu einigen, dem beide Seiten vertrauen? Wie wird das Wahlsystem aussehen, so dass die Abstimmung von keiner Seite als Nullsummenspiel gesehen wird? Auf welche Art und Weise wird Hamas im Zuge des Aussöhnungsprozesses in die PLO integriert? Welche Grundsätze der PLO werden dabei als unverrückbar angesehen? Wie kann es mittelfristig gelingen, die Sicherheitsapparate in der West Bank und im Gaza-Streifen wieder zusammenzuführen?

5 **Ausblick**

Das Zusammenwirken der Umbrüche in der Region mit dem Stillstand im Nahostfriedensprozess hat dazu geführt, dass sich der arabisch-israelische Konflikt weiter zugespitzt hat. Er wird zudem von israelisch-türkischen Spannungen

14 Gespräche der Autorin im Gaza-Streifen im Juli 2011.

überlagert und verschärft. Israel ist nicht nur in der Region sondern – vor dem Hintergrund des palästinensischen UN-Antrags – auch international zunehmend isoliert, sieht man von der Unterstützung der USA und der Europäer ab. Die innenpolitische Zuspitzung in Staaten der Region, insbesondere in Syrien, könnte sich weiter konfliktverschärfend auswirken. Und nachdem es nicht gelungen ist, die UN-Initiative konstruktiv zu wenden und damit eine konkrete Perspektive für ein Ende der israelischen Besatzung und palästinensische Unabhängigkeit zu schaffen, ist auch das Risiko einer dritten Intifada gegeben, die, selbst wenn sie als „ziviler Widerstand“ begänne, bis hin zu einem regionalen Krieg eskalieren könnte. Diese Gefahr wird weiter verschärft durch die Schwächung der PA in Folge der israelischen und US-amerikanischen Reaktionen auf die palästinensische UN-Initiative: die Verringerung finanzieller Hilfe für die PA durch die USA, die wiederholte Einbehaltung von Steuern und Zöllen durch Israel sowie den verstärkten Siedlungsbau, der das für den palästinensischen Staat vorgesehene Territorium immer stärker fragmentiert und eine Regelung für Jerusalem zusehends unmöglich macht.

Eine Option, die zunehmend unter Palästinensern diskutiert wird, ist die Auflösung der PA und die Konzentration auf den Kampf für gleiche Rechte innerhalb des Staates Israel, statt für die Unabhängigkeit von ihm. Ein solcher Ansatz, selbst wenn er gegen die Interessen der palästinensischen Eliten verfolgt werden sollte, würde das endgültige Ende des Oslo-Prozesses markieren. Sein Erfolg wäre jedoch äußerst unwahrscheinlich, da Israel keinen Anreiz hat, die Gebiete zu annektieren, in denen der Großteil der palästinensischen Bevölkerung lebt, und diese zu israelischen Staatsbürgern zu machen. Damit würde er weder zur Durchsetzung palästinensischer Rechte noch zu einer Befriedung des Konflikts beitragen.

Das Fortdauern des israelisch-arabischen Konflikts, und insbesondere eine erneute gewaltsame Eskalation, wird auch negative Rückwirkungen auf die Umbrüche in der arabischen Welt haben und eine Konsolidierung offener und partizipatorischer politischer Systeme in Israels Nachbarschaft weniger wahrscheinlich machen. Denn der Konflikt bringt überdimensionierte Armeen und eine Zuteilung von Ressourcen mit sich, die die Sicherheitsapparate gegenüber menschlicher Entwicklung begünstigt, eine widerspruchsintolerante Atmosphäre, ein ungünstiges Investitionsklima, eine Stärkung radikaler Kräfte und nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen und die weitere Schwächung von Staaten. Er wird auch das demokratische Zusammenleben in Israel weiter beeinträchtigen (Krebs 2011). Und er dürfte sich negativ auf die Beziehungen des Westens zu den Staaten und Bevölkerungen der Region auswirken. So standen etwa europäische Versuche, die Palästinenser von ihrer UN-Initiative abzubringen sowie die Ablehnung der palästinensischen UNESCO-Mitgliedschaft durch einige europäische Staaten

im November 2011 im eklatanten Gegensatz zur enthusiastischen europäischen Unterstützung für das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung anderer arabischer Völker.

(Stand: 1. April 2012)

Literatur

- Asseburg, Muriel (2011): „Der Arabische Frühling und der Nahostkonflikt: Freiheit ohne Frieden?“, in: dies. (Hg.), Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt: Akteure, Herausforderungen, Implikationen und Handlungsoptionen. SWP-Studien 2011/S 27. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 42-45. Online: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S27_ass_ks.pdf (30.01.2012).
- Asseburg, Muriel (2011a): Palästina bei den Vereinten Nationen: Optionen, Risiken und Chancen eines palästinensischen Antrags auf Vollmitgliedschaft und Anerkennung. SWP-Aktuell 2011/A 36, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. August 2011. Online: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A36_ass_ks.pdf (30.01.2012).
- Asseburg, Muriel (2011b): „Fatah-Hamas-Abkommen: Ein wichtiger Schritt zu einer Zwei-Staaten-Regelung“, Kurz gesagt, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2011. Online: <http://www.swp-berlin.org/de/kurz-gesagt/fatah-hamas-abkommenzwei-staaten-regelung-in-nahost.html> (26.01.2012).
- Asseburg, Muriel/Wimmen Heiko (2012): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien. Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft. SWP-Aktuell 2012/A 12, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. Februar 2012. Online: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A12_ass_wmm.pdf.
- Al Jazeera Transparency Unit (2008): „Summary of Olmert’s “Package” Offer to Abu Mazen“, 31.08.2008. Online: <http://transparency.aljazeera.net/files/4736.pdf> (26.01.2012).
- Benn, Aluf (2011): „The Arab Revolution is knocking at Israel’s door“, in: Haaretz, 16.05.2011. Online: <http://www.haaretz.com/print-edition/new-s/the-arab-revolution-is-knocking-at-israel-s-door-1.361969> (20.05.2011).
- Egyptian Ministry of Finance (2011): The Financial Monthly, Januar 2011. Online: <http://www.mof.gov.eg/MOFGallerySource/English/Reports/monthly/2011/Jan2011/full%20version.pdf> (30.01.2012).
- Eran, Oded (2011): „Turkey and Israel: The Wrong Crisis at the Wrong Time“, in: Israel Journal of Foreign Affairs 5, 3, 9-11.
- Haaretz (2011a): „Prominent Israeli figures urge Europe to Recognize Palestinian State“, 27.5.2011. Online: <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/prominent-israeli-figures-urge-europe-to-recognize-palestinian-state-1.364361> (26.01.2012).
- Haaretz (2011b): „More than 150,000 take to streets across Israel in largest housing protest yet“, 30.07.2011. Online: <http://www.haaretz.com/news/national/more-than-150-000-take-to-streets-across-israel-in-largest-housing-protest-yet-1.376102> (26.01.2012).
- International Crisis Group (2011): Curb Your Enthusiasm: Israel and Palestine after the UN. Middle East Report 112. Ramallah/ Jerusalem/ Washington/ Brussels: International Crisis Group. Online: <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20>

- North%20Africa/Israel%20Palestine/112%20Curb%20Your%20Enthusiasm%20-%20Israel%20and%20Palestine%20after%20the%20UN.pdf (30.01.2012).
- International Monetary Fund (2011): Macroeconomic and Fiscal Framework for the West Bank and Gaza: Seventh Review of Progress, Staff Report for the Meeting of the Ad Hoc Liaison Committee, Brussels, 13 April 2011, <http://www.imf.org/external/country/WBG/RR/2011/041311.pdf> (08.06.2011).
- Israeli Peace Initiative (2011): The Israeli Peace Initiative (IPI) – in response to the Arab Peace Initiative (API), Proposal, 6.4.2011. Online: <http://israelipeaceinitiative.com/israeli-peace-initiative-english/the-israeli-peace-initiative-english> (20.5.2011).
- Krebs, Ronald R. (2011): "Israel's Bunker Mentality. How the Occupation is Destroying the Nation", in: *Foreign Affairs*, Vol. 90, Nr. 6, November/Dezember 2011.
- LaFranchi, Howard (2010): "After failure of direct Middle East talks, does Obama have a 'Plan B'?", in: *Christian Science Monitor*, 08.12.2010. Online: <http://www.csmonitor.com/USA/Foreign-Policy/2010/1208/After-failure-of-direct-Middle-East-talks-does-Obama-have-a-Plan-B> (26.01.2012).
- Palestine Monitor (Hrsg.) (2011): „Text of the Agreement between Fatah and Hamas, 3 May 2011“. Online: <http://www.palestinemonitor.org/spip/spip.php?article1787> (30.01.2012).
- Palestinian Center for Policy and Survey Research (2011): Palestinian Public Opinion Poll No (41), 15-17 September 2011, Press Release. Online: <http://pcpsr.org/survey/polls/2011/p41efull.html> (26.01.2012).
- Palestinian National Authority (2009): „Ending the Occupation - Establishing the State. Program of the Thirteenth Government“, August 2009. Online: http://www.mop-gov.ps/web_files/issues_file/090825%20Ending%20Occupation.%20Establishing%20the%20State%20-%20Program%20of%20the%2013%20government.pdf (26.01.2012).
- PewResearchCenter (2011): Egyptians Embrace Revolt Leaders, Religious Parties and Military, As Well, 25.04.2011. Online: <http://www.pewglobal.org/files/2011/04/Pew-Global-Attitudes-Egypt-Report-FINAL-April-25-2011.pdf> (Zugriff: 25.01.2012).
- Porat, Liad / Lindenstrauss, Gallia (2011): "The Syrian Regime: Protests at Home and Criticism from Abroad", *INSS Insight* No. 273, 08.08.2011. Online: [http://www.inss.org.il/upload/\(FILE\)1312805874.pdf](http://www.inss.org.il/upload/(FILE)1312805874.pdf) (26.01.2012).
- Prime Minister's Office (2011a): Speech by PM Netanyahu to a Joint Meeting of the U.S. Congress, 24.05.2011. Online: <http://www.pmo.gov.il/PMOEng/Communication/PM-Speaks/speechcongress240511.htm> (26.01.2012).
- Prime Minister's Office (2011b): PM Netanyahu Responds to the Palestinian Authority-Hamas Agreement. 27.04.2011. Online: <http://www.pmo.gov.il/PMOEng/Communication/Spokesman/2011/04/spokepeace270411.htm> (26.01.2012).
- Sadeh, Shuki (2011): "Days of uncertainty", in: *Haaretz*, 27.5.2011, S. B6.
- Sandikli, Atilla (2011): „Turkey-Israel Relations Have Hit Rock Bottom“, *Bilgesam*, 15.09.2011. Online: http://www.bilgesam.org/en/index.php?option=com_content&view=article&id=381:turkey-israel-relations-have-hit-rock-bottom&catid=77:ortadogu-analizler&Itemid=147 (26.01.2012).
- Seufert, Günter (2011): „Der türkische Weg“, *Kurz gesagt*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 15.2.2011. Online: <http://www.swp-berlin.org/de/kurz-gesagt/der-tuerkische-weg.html> (18.5.2011).
- Shikaki, Khalil (2011): *Coping with the Arab Spring. Palestinian Domestic and Regional Ramifications*, Waltham MA (Brandeis University, Crown Center for Middle East

- Studies: Middle East Brief: 58), 22. Dezember 2011. Online: <http://www.brandeis.edu/crown/publications/meb/MEB58.pdf> (27.01.2012).
- Telhami, Shibley (2011): Annual Arab Public Opinion Survey. Brookings Institution, Oktober 2011. Online: http://www.brookings.edu/~media/Files/events/2011/1121_arab_public_opinion/20111121_arab_public_opinion.pdf (27.01.2012).
- United Nations (2011a): Palestinian State-Building: A Decisive Period, Office of the United Nations Special Coordinator for the Middle East Peace Process, Ad Hoc Liaison Committee Meeting, Brussels, 13 April 2011. Online: http://www.unsco.org/Documents/Special/UNs%20Report%20to%20the%20AHLc%203_April_2011.pdf (08.06.2011).
- United Nations (2011b): UN Special Coordinator for the Middle East Peace Process warns Security Council of "Dramatic" Deadlock in Peace Process, Calls for "Credible Political Path Forward" and Bold Actions on the Ground, Press Release, 26.07.2011. Online: <http://www.unsco.org/Documents/Statements/SC/2008/Press%20release%2026%20July%202011.pdf> (26.01.2012).
- United Nations (2011c): Report of the Secretary-General's Panel of Inquiry on the 31 May 2010 Flotilla Incident, September 2011. Online: http://www.un.org/News/dh/infocus/middle_east/Gaza_Flotilla_Panel_Report.pdf (26.01.2012).
- United Nations (2011d): The Monthly Humanitarian Monitor: December 2011. Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, Occupied Palestinian Territory, Dezember 2011. Online: http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_the_humanitarian_monitor_2012_01_19_english.pdf (26.01.2012).
- United Nations (2011e): The Monthly Humanitarian Monitor: November 2011. Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, occupied Palestinian territory, November 2011. Online: http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_the_humanitarian_monitor_2011_12_15_english.pdf (26.01.2012).
- Wall Street Journal (2011): "Syria Opposition Leader Interview Transcript", 02.12.2011, <http://online.wsj.com/article/SB10001424052970203833104577071960384240668.html> (26.01.2012).
- White House (2011a): Remarks by the President on the Middle East and North Africa, Office of the Press Secretary, State Department, Washington D. C. 19.05.2011. Online: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/05/19/remarks-president-middle-east-and-north-africa> (25.01.2012).
- White House (2011b): Remarks by the President at the AIPAC Policy Conference 2011, Walter E. Washington Convention Center, Washington, D.C., 22.05.2011. Online: <http://www.whitehouse.gov/photos-and-video/video/2011/05/22/president-obama-2011-aipac-policy-conference#transcript> (25.01.2012).
- World Bank (2011): Building the Palestinian State: Sustaining Growth, Institutions, and Service Delivery. Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee, April 2011. Online: <http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/AHLcReportApril2011.pdf> (08.06.2011).
- Yaar, Ephraim / Hermann, Tamar (2011): The Peace Index – November 2011. Israel Democracy Institute, November 2011. Online: <http://www.peaceindex.org/files/The%20Peace%20Index%20Data%20-%20November%202011.pdf> (26.01.2012).
- Yaari, Ehud (2012): "Sinai: A New Front", Polics Notes 9. Washington Institute for Near East Policy, Januar 2012. Online: <http://www.washingtoninstitute.org/pubPDFs/Policy-Note09.pdf> (26.01.2012).

Ynetnews (2011): "Egypt sees new Israel gas deal soon", 04.10.2011. Online: <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4131000,00.html> (26.01.2012).